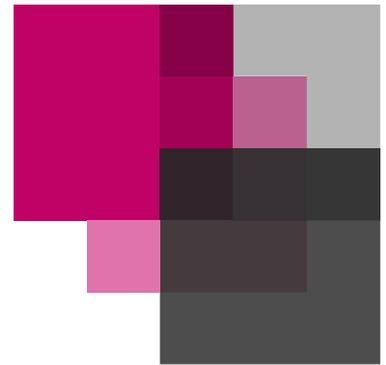


# Resolution

## „Gewalt gegen den öffentlichen Dienst massiv bekämpfen“



### anlässlich der Personalrätetagung der komba gewerkschaft nrw am 19.03.2013 in Ratingen

Die komba gewerkschaft nrw im dbb beamtenbund und tarifunion fordert die kommunalen Arbeitgeber auf, die Zunahme von Gewalt gegen zahlreiche Berufsgruppen im kommunalen Dienst konsequent und systematisch zu bekämpfen.

Dazu gehört, die Gründe von Gewalt gegen Beamtinnen und Beamte und Tarifbeschäftigte zu analysieren und auf dieser Basis Konzepte zur Gefahrenabwehr zu entwickeln.

An dieser Offensive für gefahrenarme Arbeit im öffentlichen Dienst müssen die Personal- und Betriebsräte sowie die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes beteiligt werden.

#### 1. Immer mehr Gefahrenräume im kommunalen Dienst

Inzwischen sind zahlreiche Arbeitsgebiete im kommunalen Dienst konfliktlastig. Die Zahl der Aufgabengebiete, die sich als Gefahrenräume erweisen, steigt.

Das gilt vor allem für Arbeitsbereiche, in denen Eingriffe in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger notwendig sind, in denen um Ansprüche gestritten wird, in denen Erwartungen und Leistungsmöglichkeiten auseinander klaffen. Das gilt für Dienstleistungen im öffentlichen Raum, in sozialen Problemgebieten, in Verkehrsmitteln und selbst dort, wo objektiv Hilfe geleistet wird.

Betroffen sind Kolleginnen und Kollegen, die in Jobcentern, Wohnungsämtern, Sozialämtern, Ordnungsämtern, für Rettungsdienste und Feuerwehren, Stadtordnungsdienste, als Politessen oder Vollziehungsbeamte, als Bus- oder Bahnfahrer oder Kontrolleure arbeiten.

#### 2. Die Aggressivität steigt

Nach den Erfahrungen vor allem der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im direkten Kundenkontakt steigt die Aggressivität. In vielen Bereichen gibt es verbale und auch körperliche Attacken bis hin zu der Bluttat im Jobcenter Neuss. Die Attacken sind hemmungsloser und damit auch gefährlicher. Beschimpfungen und Drohungen – auch gegen Familienangehörige – nehmen zu. Körperverletzungen sind keine Seltenheit.

Wie der Mord in Neuss zeigt, gibt es eine hemmungslose anonyme Unterstützerszene in sozialen Netzwerken des Internets, in denen Angriffe gebilligt werden, wo man ihnen applaudiert, wo dazu herausgefordert ist, eigene Interesse notfalls auf einem gesetzeswidrigen Konfliktweg zu erzwingen.

### 3. Schluss mit Verschweigen, Ignorieren, Bagatellisieren

Die Zeit, in der solche Zwischenfälle bagatellisiert, ignoriert oder verschwiegen worden sind, müssen vorbei sein.

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben einen Anspruch auf Schutz, Hilfe und Unterstützung, auf Arbeitsgebiete, in denen sie ohne Angst ihre Dienstleistung erbringen können.

Ein Negativbeispiel ist ein Rettungsassistent, der bei einem Einsatz so schwer verletzt wurde, dass er ein halbes Jahr krank war, am Auge operiert werden musste und Sehkraft einbüßte. Er durfte über den Angriff auf ihn durch den alkoholisierten Mann einer psychisch kranken Patientin nur ohne Nennung seiner Arbeitgeberkommune sprechen.

### 4. Ein Gesamtkonzept muss her

Türsicherungen und Alarmknöpfe sind wichtig. Sie reichen aber nicht aus. Ein Gesamtkonzept für Prävention und Hilfe muss her.

Zum Gesamtkonzept gehören z.B.:

- Eine wissenschaftlich fundierte, in Zusammenarbeit mit den Praktikern von Polizei und Gemeinden entwickelte Studie, die sich mit den Gründen und Auswirkungen von Gewaltaktionen gegen kommunales Personal auseinandersetzt.
- Dazu gehört die Vorbereitung unserer Nachwuchskräfte auf eine dienstliche Aufgabe, die auch Konfliktstoff beinhalten und Streitfälle auslösen kann.
- Betroffene Kolleginnen und Kollegen müssen geschult werden, damit sie in eskalierenden Situationen richtig agieren.
- Betroffene Kolleginnen und Kollegen brauchen nachsorgende Hilfe, um ihre Gesundheit und Dienstfähigkeit wieder herzustellen und posttraumatische Katastrophen zu vermeiden.
- Das Dienst- und Tarifrecht ist so zu gestalten, dass Verletzte oder Hinterbliebene nach körperlichen oder seelischen Angriffen ausreichend geschützt sind.
- Aggressionen gegenüber den Beschäftigten sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entschlossen zu bekämpfen und nicht zu verniedlichen.
- Die Arbeitsbereiche sind mit technischen und baulichen Maßnahmen so zu gestalten, dass Aggressionen verhindert oder erschwert werden und schnelle Hilfe möglich ist.
- Die organisatorischen Arbeitsabläufe sind so zu gestalten, dass Täter keine Chancen haben, zu drohen, zu erpressen oder körperlich zu attackieren. Sie müssen aber auch Gewähr bieten, dass sich Kolleginnen und Kollegen mit ausreichender Intensität der Fallberichterstattung widmen können. Darum ist die Regelungsflut in einzelnen Bereichen (z.B. Jobcentern) zu überarbeiten. Hierzu sind auch Gesetz- und Verordnungsgeber gefragt.

Ratingen, 19.03.2013

V.i.S.d.P.: Ulrich Silberbach, Landesvorsitzender komba gewerkschaft nrw, Norbertstr. 3, 50670 Köln